

Ambivalenzen und Herausforderungen qualitativer Polizeiforschung

Erfahrungen aus der Polizeistudie »INSIDER« für das Land Rheinland-Pfalz

Martin Endreß, Silke Müller

1 Einleitung

Der Beitrag reflektiert forschungsmethodische Erfahrungen, die Autorin und Autor im Rahmen der Feldforschung zur Erarbeitung der seit 2021 und noch bis 2024 laufenden Polizeistudie für das Bundesland Rheinland-Pfalz mit dem Titel »Innere Sicherheit und Demokratische Resilienz. Bedingungen und Wechselwirkungen polizeilichen Handelns in der pluralen Gesellschaft« (Akronym: »INSIDER«) gesammelt haben. Diese Polizeistudie wurde vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz Ende 2020 offen ausgeschrieben, anschließend im Zuge eines zweistufigen Auswahlverfahrens unter der Federführung der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz an drei Professoren von zwei rheinland-pfälzischen Universitäten vergeben und wird von diesem zu überwiegenden Teilen finanziert. Darin besteht eine besondere Ausgangs- und Rahmenbedingung. Dieses Format stellt für eine Polizeistudie gewissermaßen einen eigenen Typus dar, insofern es sich weder um eine klassische Auftragsforschung handelt und diese Studie auch nicht von einer polizeilichen Behörde (wie dies bspw. in Niedersachsen der Fall ist) durchgeführt wird. Die Ausgangsbedingungen der INSIDER-Studie sind also am ehesten mit denjenigen der Polizeistudie für Berlin vergleichbar (vgl. Howe et al. 2022). Diese Rahmenbedingungen eröffnen einerseits Chancen u. a. auf eine erhöhte politische und öffentliche Aufmerksamkeit auf die Forschungsarbeit und – damit verbunden – auf Möglichkeiten zur verstärkten Etablierung und Profilierung von Polizeiforschung sowie auf eine forcierte Öffnung der Polizei, die es Forschenden ermöglicht, in bisher wenig erforsch-

te Bereiche der Polizeiarbeit vorzudringen und für quantitative Forschung hohe Fallzahlen zu generieren. Andererseits ergeben sich auch spezifische und erhebliche Herausforderungen, die sich unter den Begriffen (tatsächliche) Offenheit, (unsicheres) Vertrauen und (verstärkte Anforderungen an) Reflexivität als Problemsignaturen zusammenbringen lassen. Auf Basis der konkreten Erfahrungen des soziologischen Teilprojekts von INSIDER stehen diese Herausforderungen im Mittelpunkt des Beitrags.

Die INSIDER-Studie wird in drei Teilprojekten umgesetzt, die jeweils andere Zielsetzungen verfolgen und entsprechend mit unterschiedlichen konzeptionellen und methodischen Ansätzen und Verfahren arbeiten. Das erste Teilprojekt »Resilienzfördernde Arbeitsbedingungen, Bewältigungsprozesse und -strukturen« untersucht aus psychologischer Perspektive und mittels standardisierter Erhebungen die spezifischen Belastungen des Polizeib Berufs auf der Ebene einzelner Polizist:innen sowie deren Bewältigungsstrategien nicht zuletzt in Teamprozessen innerhalb der Polizei. Den quantitativen methodischen Ansatz teilt dieses Teilprojekt mit dem zweiten, politikwissenschaftlichen Teilprojekt von INSIDER. Unter dem Titel »Unterstützung für demokratische Werte, Prozesse und Institutionen in der Polizei und in der Bevölkerung« hat sich dieses Teilprojekt zum Ziel gesetzt, Einstellungen von Polizist:innen mittels standardisierter Befragungen zu erheben und diese mit Einstellungen der Bevölkerung auf der Grundlage von Daten des »ALLBUS«, der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (vgl. GESIS 2022) zu vergleichen. Im vorliegenden Beitrag werden jedoch ausschließlich Forschungserfahrungen aus dem dritten, soziologischen Teilprojekt der INSIDER-Studie mit dem Titel »Gesellschaftliche und polizeiliche Erwartungen im Rahmen wechselseitiger Erfahrungen – Leitende (Be-)Wertungen und Handlungen« dokumentiert. Dieses Teilprojekt macht sich die aufeinander bezogenen Erfahrungen von Polizist:innen und Bürger:innen zum Forschungsgegenstand. Dabei geht es im Kern um die Analyse der aus den jeweiligen Erfahrungen resultierenden, Erwartungen, Deutungsmuster, (Be-)Wertungsprozesse und Handlungsweisen in polizeilichen Interaktionskonstellationen. Das Teilprojekt ist als qualitative Studie angelegt und arbeitet mit einem multimethodischen Design. Die Datengrundlage bilden neben Einzel- und Gruppeninterviews (mit Polizist:innen und Bürger:innen) insbesondere Protokolle teilnehmender Beobachtungen, Dokumente aus dem Feld sowie Protokolle der medialen Berichterstattung von, zu und über Polizei und Polizeiarbeit.

Der Beitrag beginnt mit der Darstellung der unterschiedlichen Rahmungen, die im Feld sowie für die Beforschung des Feldes bedeutsam und zu unterscheiden sind. Es folgen Einblicke in bisherige Felderfahrungen, die aufzeigen, welche Haltungen gegenüber Forschung dort begegneten. Dabei scheinen vornehmlich Ambivalenzen auf, die das Forschungsfeld und damit auch die Forschungsinteraktionen charakterisieren. Diese betreffen u.a. typische Haltungen von Polizist:innen gegenüber Forschung und sie stellen Forschende vor typische Herausforderungen. Ausgehend von den Erfahrungen, Herausforderungen und Ambivalenzen werden Erfordernisse soziologisch-qualitativ angelegter Forschung mit, bei und über Polizei und Polizeiarbeit formuliert.¹

Wenn man als Forschende:r über die eigenen Erfahrungen aus dem Feld sprechen möchte, darüber, wie sich die Verhältnisse zu den beforschten Polizist:innen gestalten, dann ist es hilfreich, das Forschungsfeld zu differenzieren und sich den vielschichtigen Kontext der Forschungsinteraktionen zu vergegenwärtigen. Es lässt sich zwischen den Ebenen gesellschaftlicher Diskussionen um und der politischen Steuerung von Polizei und Polizeiarbeit unterscheiden. Ebenso sind wissenschaftliche Diskurse über Polizei und Polizeiarbeit als Kontext der Forschungsinteraktionen zu reflektieren, wie die komplexe Organisation Polizei mit ihren Hierarchien, Abläufen sowie den Zuständigkeitsbereichen und Zugangsbeschränkungen bedacht werden muss. Schließlich halten die einzelnen Polizist:innen, die in der Organisation arbeiten und mit ihr verbunden sind, sowohl biographische als auch für ihren jeweiligen Bereich spezifische eigene Erfahrungen und Erwartungen vor. Auf all diesen Ebenen sind die Forschungsinteraktionen in spezifischer Art und Weise gerahmt. Diese basalen Unterscheidungen betreffen zunächst konkrete Bereiche innerhalb des Forschungsfeldes und sie formulieren zugleich Anforderungen an die methodische Güte der Analysen sowie an die Reflexivität der Forschenden. Darüber hinaus betrifft sie aber auch die ›Rahmung‹ jedweder Situationen und Interaktionen, in die Forschende im empirischen Feld geraten: Einzelne Polizist:innen sind immer auch zugleich Gegenstand und Subjekte der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion über und der politischen Steuerung von Polizei und Polizeiarbeit wie auch Teil der Organisation Polizei.

1 Auszüge aus dem empirischen Material werden nachfolgend ohne Quellenverweise wiedergegeben, da im vorliegenden Zusammenhang keine Dokumentation des Datenkorpus im Zentrum steht und aufgrund des Zuschnitts dieses Beitrages empirische Daten lediglich zu illustrativen Zwecken herangezogen werden.

2 Zwischen Radikalisierungsdebatten, Pandemiekonstellationen und Polarisierungsszenarios: Rahmenbedingungen polizeilichen Handelns und der Erforschung von Polizei

Aktuelle Forschung zur Polizei hat sich nicht nur in besonderem Maße die Rahmenbedingungen und thematischen Schwerpunkte der erneut intensivierte und forcierten öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen im Allgemeinen zu vergegenwärtigen. Auch die jeweiligen sozio-historischen Kontexte einer entsprechenden Forschung über die Polizei, im vorliegenden Fall also des Bundeslandes Rheinland-Pfalz im Besonderen, gilt es zu reflektieren.

Zu den allgemeinen Rahmenbedingungen zählen wesentlich die sich an den ›Fall George Floyd‹ anschließende internationale und sich auch in Deutschland etablierende Diskussion zu Rassismus in der und illegitimer Gewaltausübungen seitens der Polizei wie auch die durch die Corona-Pandemie ab Frühjahr 2020 erheblich veränderten Arbeits- und gesellschaftlichen Kontextbedingungen, die die besondere Einsatzdichte anlässlich von Versammlungen, Demonstrationen und sogenannten ›Spaziergängen‹ einschließen. Vor allem sind hier aber auch landesspezifische Rahmenbedingungen anzuführen, die auf die polizeiliche Arbeit und deren gesellschaftliche Wahrnehmung nachhaltigen Einfluss haben. Dies sind u.a. die Eskalation vor einer Diskothek in Trier im Februar 2023, die Identifizierung einer Chat-Gruppe mit rechtsextremen und diskriminierenden Kommunikationen in Koblenz im November 2022, die Tötung eines Polizeioberkommissars und einer Polizeikommissaranwärterin in Kusel Ende Januar 2022, der Tankstellenmord in Idar-Oberstein im September 2021, die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021, die Amokfahrt in der Trierer Innenstadt Anfang Dezember 2020 sowie die Diskussion um den Polizei-Einsatz an einer Bahnhofsunterführung in Ingelheim im Rahmen einer »Demonstration gegen Rechts« im August 2020.

In den Gesamtbetrachtungsrahmen gehören für Rheinland-Pfalz darüber hinaus auch die Folgen nicht zuletzt der Pariser Anschläge aus dem Jahr 2015, die in diesem Bundesland nicht nur zur Entwicklung und Etablierung des sog. LeBeI-Konzepts (eine Einsatzkonzeption für »Lebensbedrohliche Einsatzlagen«) geführt, sondern auch die Einrichtung des »Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik und Technik« (PP ELT) im Jahr 2017 angestoßen bzw. mit beeinflusst haben. Die damit verbundene Auf- bzw. Umrüstung der Polizei in Rheinland-Pfalz verdeutlicht, dass sich die gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Wahrnehmungen wachsender Spannungen in

der Gesellschaft bis hin zu Polarisierungsszenarios dynamisch entwickeln. Für die Polizeiarbeit ergeben sich dabei teilweise ebenso neue wie herausfordernde Interaktionskonstellationen und Konfliktlinien mit entsprechenden Gefahrenszenarien, auf die hin sich die Polizei in Organisationsstruktur, Ausstattung, Wissensarbeit und Einsatzpraxis ausrichtet, wie umgekehrt ebenso für Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Interaktionen mit Polizei.

2.1 Öffentlichkeit als Rahmen von Forschung mit, bei und über Polizei

Polizei(arbeit) ist Gegenstand medialer Berichterstattung und wird öffentlich beobachtet sowie – in unterschiedlichen Facetten – kritisch kommentiert. Die Etablierung und Verbreitung von Smartphones und Digitalen Medien dynamisiert diesen Umstand, indem diese es möglich machen, dass Passant:innen Polizei und Polizeiarbeit jederzeit aufzeichnen und diese Aufnahmen online einem potenziell großen Zuschauer:innenkreis unmittelbar zugänglich machen bzw. entsprechend verfügbar gemachte Daten jederzeit rezipieren und weiterverbreiten können. In der Polizei ist man sich dieser jederzeit möglichen ›Fremdbeobachtung‹ durch eine potenziell große Öffentlichkeit bewusst. Dieses Bewusstsein zeigt sich im Arbeitsalltag auch in Formen der »Eindrucksmanipulation« (des »*impression management*«, vgl. Goffman 1983: 189ff./1959: 208ff.), der Selbstbeobachtung und einem hohen Sendungsbewusstsein; beispielsweise in Bemühungen, keine »schlechten« Bilder zu produzieren. Dies verdeutlicht die folgende, in einer Feldnotiz festgehaltene Begebenheit: Während eines größeren Einsatzes wird ein bekannter Politiker im Einsatzgebiet gesichtet. Es sind viele Polizist:innen in diesem Bereich unterwegs. Über Funk wird an alle durchgegeben, dass der Politiker in dem Gebiet unterwegs ist, um sodann die Anweisung zu erteilen: »Auf adäquates Auftreten achten«. Hier zeigt sich exemplarisch, dass Polizei sensibel für die mögliche Beobachtung durch Politik und Gesellschaft ist und dass antizipierte Fremdbeobachtung polizeiliche Selbstbeobachtung steuert.

Neben dieser, für eine hierarchisch strukturierte Organisation typischen Sensibilität für statusspezifische Beobachtungs-, Entscheidungs- und Urteilsperspektiven, die polizeiliches Handeln mitstrukturieren, sind es auch die im öffentlichen Raum verhandelten Themen und gesellschaftspolitischen Problemlagen und Relevanzen, die in die Polizei hineinwirken und sich auf polizeiliche Arbeitsweisen, Artikulationsformen und Aufmerksamkeiten auswirken. Diesen Umstand illustriert der folgende Ausschnitt aus einer Feldnotiz, in dem ein/e Polizist:in seinen/ihren Kolleg:innen im Rahmen einer

Besprechung aufzählt, in welchen Fällen sie »sofort reagieren« müssten: »alles mit politischer Relevanz: AfA [Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende], Rechts, Synagoge«.

Angesichts der politischen und gesellschaftlichen – teils erhebliche Anklagen gegen polizeiliches Handeln erhebenden – Diskussionen über Polizei(arbeit) und der auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismus, auf Radikalisierungsprozesse sowie diskriminierende polizeiliche Praktiken wie »Racial Profiling« hinweisenden Kritik liegt ein erheblicher Legitimationsdruck auf der Polizei. Diesen realisieren auch die einzelnen Polizist:innen. Die gesellschaftlichen und politischen Diskurse über Polizei und Polizeiarbeit werden in der Polizei auf allen Ebenen – in zu differenzierender Weise und Intensität – wahrgenommen. Sie sind Gegenstand von Tischgesprächen in den Sozialräumen der Dienstgruppen der Schutzpolizei im Wechselschichtdienst ebenso wie im Kontext von Einsätzen der Bereitschaftspolizei. Sie beschäftigen die verschiedenen Führungsebenen der Polizei und werden auch von den Polizeigewerkschaften aufgegriffen, verhandelt und mitunter kommentiert.

Dabei zieht sich ein Wahrnehmungsmuster durch die verschiedenen polizeilichen Bereiche, aber auch durch die öffentliche Diskussion: Vorwürfe von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus sowie Radikalisierung werden oftmals wenig differenziert vorgetragen und wahrgenommen. Sie werden vielfach zusammengefasst auf den einen Nenner »rechtsextreme Umtriebe« gebracht. Die daraus regelmäßig resultierende und solchermassen im Kern diffus bleibende Unterstellung lautet dann, Polizist:innen seien (alle) rechtsradikal. Und die entsprechende Wahrnehmung spiegelt sich ebenso auf Seiten der Polizei in der – auch öffentlich artikulierten – Klage, man werde pauschal des Rechtsradikalismus beschuldigt oder zumindest verdächtigt, also angegriffen und solchermassen unter Generalverdacht gestellt.

2.2 Politik, Polizei und Gewerkschaften als Rahmen von Forschung mit, bei und über Polizei

Politik forciert im Anschluss an die skizzierten gesellschaftlichen und politischen Debatten und in Reaktion auf die öffentliche Debatte um Polizei die Beforschung der Polizei. In diesem Kontext kamen auch einige der gegenwärtig durchgeführten Polizeistudien zustande.² Forschung wird dabei von

2 Zu nennen ist in diesem Zusammenhang zunächst die seit März 2021 und noch bis Februar 2024 laufende sogenannte Bundesstudie »Motivation, Einstellung und Gewalt

Seiten der Politik die Funktion eines ›Blicks von außen‹ zugeschrieben. Sie wird folglich auch im Sinne einer Überprüfungslogik angestoßen und ihr insofern zumindest potenziell die Rolle einer Instanz der Fremdbeobachtung oder gar Kontrolle zugeschrieben.³ Für die politischen Entscheidungsträger:innen stellt Forschung angesichts der Debatten um Polizei und die damit einhergehende Frage, ›wie groß‹ mögliche Probleme in bzw. mit der Polizei denn seien, auch eine Lösungsstrategie dar: eine Option, im Rahmen der Möglichkeiten und Nöte des politischen Feldes dokumentieren zu können, ›etwas zu tun‹. Forschung ist in solchen Fällen somit auch ein Instrument der Politik und wird innerhalb der Polizei regelmäßig als ein solches wahrgenommen.

Mit der Durchführung entsprechend angelegter Polizeistudien gehen Forschung und Politik eine Verbindung ein: Solche Polizeistudien sind als anwendungsbezogene Forschung zwar unter Umständen an Universitäten angesiedelt und insofern mit Blick auf den unmittelbaren institutionellen Rahmen unabhängig von Politik und Polizei, aber eben vielfach auch durch Akteur:innen des (wissenschafts- und polizei-)politischen Feldes angestoßen und beob-

im Alltag von Polizeivollzugsbeamten« (MEGAVO), die im Vorfeld viel öffentliche Beachtung erfahren und Diskussionen bedingt hatte, vor deren Hintergrund im polizeiwissenschaftlichen Feld Stimmen laut wurden, die »für eine Vielfalt von Studien plädieren, die jeweils unterschiedliche Beiträge zu einem oder mehreren komplexen Phänomenen leisten, die dann im Gesamtzusammenhang diskutiert sowie gesellschaftlich, politisch und polizeilich bewertet werden können« (Bergmann & Jacobsen 2022, S. 53). Inzwischen wurde ein Zwischenbericht der Studie auf der Basis der durchgeführten Online-Befragung veröffentlicht (DHPol 2023). Zu den auf diesem Weg angestoßenen Studien gehört ebenso die an der Technischen Universität Berlin zwischen Juni 2021 und Mai 2022 durchgeführte Berliner Polizeistudie, deren Abschlussbericht (Howe et al. 2022) im Oktober 2022 vorgelegt wurde.

- 3 In diesem Sinne positionieren sich bspw. auch Derin und Singelstein selbst – wenn auch nicht explizit oder reflektiert – in der Rolle einer normativen Kontrollinstanz, ohne dass sie als solche beauftragt worden wären: »Mangels neuerer Forschung ist der Kenntnisstand zu Einstellungen von Polizist:innen ziemlich lückenhaft – ein Versäumnis, das in den jüngsten Debatten um rechtsextreme Umtriebe in den Sicherheitsbehörden deutlich zutage getreten ist und zur Forderung nach diesbezüglichen Studien geführt hat. Diese Diskussion ist nicht neu. Bereits in den 1990er-Jahren häuften sich Skandale um Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus bei der Polizei, die eine erste Welle von Forschung zu solchen Einstellungen nach sich zogen. Diese war einerseits getragen von der gesellschaftlichen Debatte, die wissen wollte, wie groß das Problem innerhalb der Polizei wirklich ist. Andererseits war sie gehemmt von Politik und Polizei, die den Finger nicht allzu tief in die Wunde gelegt sehen wollten, woran sich bis heute nur wenig geändert hat« (Derin & Singelstein 2022, S. 106).

achtet. Die Projektgeber wählen in diesem Kontext zunächst aus, was in ihren Augen attraktive und relevante Forschungsideen und -projektkonstellationen sind, und fördern entsprechende Projekte. Damit geht eine zumindest prinzipielle und strukturelle, zugleich aber auch kontextspezifische Angewiesenheit auf den Projektgeber einher, was die Finanzierung aktueller Forschung, aber auch mögliche zukünftige Forschungsfinanzierungen betrifft. Eine Angewiesenheit, die sich aber in der konkreten Projektumsetzung – sowohl bzgl. der Forschungspraxis als auch der potenziellen Forschungsergebnisse – nicht widerspiegeln darf: Der diesbezüglich sensible mikropolitische kommunikative Umgang mit den ›Auftraggeber:innen‹ und weiteren relevanten Akteur:innen – zu denken wäre hier an Führungskräfte innerhalb der Polizei, an die Gewerkschaften, aber auch an Politiker:innen, die nicht unmittelbar am Zustandekommen der Polizeistudie beteiligt waren – mit jeweils eigenen und teilweise unterschiedlichen bis hin zu konträren Interessen und Empfindlichkeiten, ist insofern ein konstitutiver Bestandteil gelingender Forschung in diesem Kontext. Diesen zu erlernen und sodann aktiv zu gestalten, bedarf zeitaufwändiger Aufenthalte im (forschungs- und polizei-)politischen Feld zum Erwerb entsprechenden Wissens und einer ›sprechfähigen‹, aber vor allem auch ›hörfähigen‹ Position im Feld. Diese Arbeiten müssen vorab und über den gesamten Forschungsprozess parallel zu der ›eentlichen‹ Forschung unter Polizist:innen mitlaufen. Gelingende, d.h. nicht von der Sache der ›Auftraggeber:innen‹ vereinnahmte oder auf diese beschränkte und insofern eben offene, explorative sowie ihrem Gegenstand angemessene Forschung, muss sich selbst Freiräume eröffnen, zunutze machen und erhalten, also immer wieder die eigene Position reflektieren und ggf. Selbstabgrenzungen vornehmen, damit Polizeistudien in diesen Kontexten dann nicht zu – den im Feld aufscheinenden Befürchtungen insbesondere der beforschten Polizist:innen der Basis entsprechend – einer nicht mehr ergebnisoffenen und selbstbestimmten ›Auftragsforschung‹ werden.

Für Politiker:innen, aber auch für das gesamte Feld – die Polizei und ihre Polizist:innen – geht mit dem Anstoß von Forschung auch ein gegenüber den Forschenden zu erbringender Vertrauensvorschuss und eine Unsicherheit bezüglich der Frage einher, was die Forschungsergebnisse sein werden. Forschende finden sich in solchen Konstellationen außerdem in der herausfordernden Lage, nicht nur oder primär für das wissenschaftliche Feld Ergebnisse zu produzieren, sondern auch praxisrelevante Erkenntnisse zu generieren, diese in die Politik und die Polizei zu kommunizieren und insbesondere Handlungsempfehlungen adäquat zu formulieren, was umfassendster Feld-

kenntnisse zur Abschätzung möglicher Folgen bedarf, die sie zeitigen könnten. Gleichzeitig ist dies nie abschließend leistbar.

Forschung zur und über die Polizei, die aus jeweiligen Landesmitteln finanziert wird, geschieht somit in einem Kontext, in dem Politik, Polizei und Gewerkschaften über die Auswahl von Forschenden, ihre Fragestellungen, den Zugang zum Feld, den Umgang mit den Ergebnissen, aber auch über eine mögliche Verstetigung der Forschungsarbeiten (mit)entscheiden. Daraus folgt, dass Forschende diesen Umstand immer mitreflektieren und insbesondere einen produktiven Umgang mit allen Aspekten finden müssen, die mit diesen Rahmenkonstellationen einhergehen. Das bedeutet insbesondere, sich nicht für die Sache der Politik oder Polizei vereinnahmen und somit instrumentalisieren zu lassen, aber Vertrauen auch nicht leichtfertig zu verspielen, sondern mit Forschungsergebnissen reflektiert und sensibel, vor allem mit Blick auf Fragen möglicher Schädigungen umzugehen.

3 Ambivalenzen und Herausforderungen von Forschung mit, bei und über Polizei: Erfahrungen aus dem Feld

Forschungspraktisch sind es primär einzelne Polizist:innen oder kleinere Gruppen von Polizist:innen verschiedener Ebenen und Bereiche der Schutz-, Kriminal- und Bereitschaftspolizei – Dienstgruppen, Streifenpartner:innen, (Halb-)Gruppen und Züge –, mit denen die Forschenden im Zuge der Feldforschung in Kontakt kommen: im Rahmen teilnehmender Beobachtungen im behördlichen Berufsalltag innerhalb der Polizei wie »auf der Straße« in Interaktionen mit der Bevölkerung, aber auch im Rahmen der Erhebung von Einzel- und Gruppeninterviews. Im Kontakt mit Polizist:innen ließen sich bisher verschiedene Haltungen ausmachen: Forschung gegenüber aufgeschlossene wie auch forschungsskeptische Haltungen. Typisch sind aber vor allem Mischformen, die sich auf die Formel einer nicht vorbehaltslosen, aber ermöglichenden Haltung gegenüber Forschung bringen lassen. Das Verhältnis von Polizist:innen zu Forschung und Forschenden ist somit im Kern insbesondere von Ambivalenzen geprägt.

Die folgenden Darlegungen zu diesen Ambivalenzen und den damit verbundenen Herausforderungen von Forschung mit, bei und über Polizei beziehen sich vornehmlich auf die Mikro-Ebene der einzelnen Polizist:innen verschiedener Stufen in der hierarchischen Organisation und sie stehen in Bezug zur rahmenden Bedeutung von Politik und Gesellschaft, aber auch von For-

schung. Im Fokus stehen dabei – dem gegenwärtigen Stand der Erhebungen und Auswertungen im Rahmen des soziologischen Teilprojekts von INSIDER entsprechend – vornehmlich die Schutzpolizei und die Bereitschaftspolizei.

3.1 Antizipierte (Ir)Relevanz und Vorverurteilung – die kritische Wahrnehmung von Polizeiforschung innerhalb der Polizei

Der bisherigen Felderfahrung zufolge hegen Polizist:innen der Basis und der ersten Führungsebene (z.B. Dienstgruppenleiter:innen oder Gruppenführer:innen) häufig geringe Erwartungen an Forschung und ihre Ergebnisse. Diese Erwartungshaltung ergibt sich vor dem Hintergrund einer auf beiden Ebenen antizipierten (Ir)Relevanz der Forschung(sergebnisse) für die Polizeiführung auf der einen und die Politik auf der anderen Seite bzw. die ihrer Einschätzung nach nicht erfolgende Umsetzung wissenschaftlicher Empfehlungen von beiden Ebenen. Sie vermuten bzw. befürchten letztlich, kritische Forschungsergebnisse und mit ihnen verbundene Handlungsempfehlungen würden durch die Polizeiführung und die Politik nicht umgesetzt. Sie begründen diese Haltung teilweise mit Vergeblichkeitserfahrungen. So berichten sie von Erlebnissen, dass Forschungsergebnisse in der Vergangenheit missachtet worden seien bzw. Reformen geradezu wider des teilweise auf Forschung basierten besseren Wissens durchgeführt wurden. Als ein Beispiel dafür wird die Einführung des aktuell praktizierten Schichtmodells »Gesünderes Arbeiten in der Polizei« (GAP) angeführt. Die Einführung dieses Schichtmodells umfasste eine Phase der Erprobung auf verschiedenen Dienststellen. Diese Phase wie auch die gesamte Einführung des Schichtmodells wurden zudem von unabhängiger Stelle begleitet und evaluiert (vgl. Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz 2018). Der folgende Ausschnitt aus dem Protokoll eines Feldgesprächs mit einer/m Polizistin/en im Wechselschichtdienst verdeutlicht diesbezüglich typische kritische Einstellungen und polizeiinterne Diskussionen, deren Ursprung und Faktenverankerung nicht immer zu klären sind. Die Person erläutert,

»[m]an habe die Fehler, die im Anschluss an [...] eine Probephase in der Polizei deutlich wurden, nicht sehen wollen und GAP trotzdem eingeführt. [...] Es wurden teilweise Unterschriften gegen das neue Modell gesammelt, alles habe aber nichts gebracht, weil das Ergebnis ja schon festgestanden habe und das Modell eingeführt werden sollte. ›Man will Schwachstellen nicht ausmerzen‹.«

So lassen sich im Feld verbreitete führungskritische Positionen und Vorstellungen von einer polizeilichen und politischen Selektion sowie Instrumentalisierung von Forschungsergebnissen identifizieren. Damit verbinden sich Zweifel an der tatsächlichen (Ergebnis-)Offenheit und Unabhängigkeit von Forschung wie auch Vermutungen einer Steuerung der Ergebnisse. Vor dem Hintergrund solcher, verbreiteter Vorbehalte gegenüber Polizeiführungen und Politik lässt sich auch eine im Feld öfter wahrgenommene Lust der befragten Polizist:innen daran deuten, Forschenden vorzuführen, was in der Polizei alles nicht gut läuft.⁴ Dies geschieht potenziell auch in der Hoffnung, dass ihre Beschwerden gewissermaßen durch Forschung ratifiziert und ›geadelt‹ dann doch durchdringen könnten. Skepsis gegenüber und Hoffnung auf Forschung stehen dann gerne auch unvermittelt nebeneinander.

Zu den bisherigen Felderfahrungen gehört es auch, dass die deutschsprachige Polizeiforschung – internationale Forschungsergebnisse und -diskurse scheinen im empirischen Feld kaum eine Rolle zu spielen – einen wirkmächtigen Rahmen der Interaktionen mit Polizist:innen darstellt. Diese Beobachtung wirft zunächst die Frage auf, in welchem Umfang und an welcher Stelle wissenschaftliche Arbeiten und Forschungsergebnisse zu Polizei und Polizeiarbeit innerhalb der Polizei überhaupt rezipiert werden. Dem bisherigen Eindruck zufolge werden Forschungsberichte und sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen von Polizist:innen der Basis und der unteren Führungsebenen letztlich nicht rezipiert. Sie wissen häufig eher aus Gesprächen mit Kolleg:innen, aus der Presse oder vermittelt durch die Gewerkschaften, wer, wie und in welcher Hinsicht zu Polizei forscht, welche Veröffentlichungen es zu einem Thema gibt und was ggf. die konkreten Forschungsergebnisse sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn über entsprechende Forschungen im Rahmen interner Mitteilungsblätter oder auch Organe der Polizeigewerkschaften berichtet bzw. diese – sehr gelegentlich – kommentiert werden. Die Wahrnehmung von Forschung zu Polizei ist dann bezogen auf die Basis und die unteren Führungsebenen der Schutz- und Bereitschaftspolizei oftmals von Vorbehalten bis hin zu Ablehnung geprägt. Studien und einschlägige Forschungsergebnisse würden, so erklärte ein/e Polizist:in im Rahmen eines Interviews, von vornherein abgelehnt, denn man ›habe etwas‹ gegen die Autor:innen deren Forschung sei

4 Vgl. dazu die Unterscheidung von »Cop Culture« und »Polizeikultur« im Anschluss an Behr (2008). Es scheint hier eine spezifische Haltung der Cop Culture gegenüber Forschung durch.

irrelevant oder diese vorverurteile ihren Gegenstand und daher müssten deren Arbeiten von Polizist:innen auch nicht rezipiert werden.

Diese forschungskritischen Haltungen lassen sich auf den Nenner bringen, Forschende wären voreingenommen und seien grundsätzlich (unbegründet) kritisch gegenüber der Polizei eingestellt. Das folgende Zitat aus einem Interview dokumentiert eine solche Einstellung exemplarisch: »Also ich hab (.) zwei: Lieblings-Polizei-Wissenschaftler wo ich jedes Ma: (.) mich drüber aufreg, [...] Dann denk ich mir immer [...] die kommentieren alles und jedes, un grundsätzlich hat die Polizei irgendwas falsch gemacht.« Diese Haltung ist teilweise von Gewerkschaften mitgetragen, wie die folgende Äußerung des amtierenden Vorsitzenden der DPolG zeigt: »Fragt man sich fast, wozu es noch ›Rassismusstudien‹ braucht, wenn der Herr Professor das alles schon weiß« (Wendt 2022, S. 3).⁵

3.2 Geschickt oder gemieden? Herausforderungen der Einbindung von Polizist:innen in Forschung

Polizist:innen bewegen sich in ihrem beruflichen Alltag meist in Hierarchien: Sie haben Vorgesetzte, die ihnen ›vorgesetzt‹ worden sind, es gibt Dienstansweisungen und es gibt Befehle. Sie sind weisungsgebunden und können von Vorgesetzten abgeordnet und zu Veranstaltungen ›geschickt‹ werden. Es gibt festgeschriebene ›Dienstwege‹, die vorgeben, wie der Kontakt in dienstlichen Angelegenheiten über die Hierarchieebenen hinweg zu gestalten ist. Derin und Singelstein betonen einerseits, diese Hierarchien schafften »eine starke Abhängigkeit von den unmittelbaren Dienstvorgesetzten«, sie machten andererseits aber auch eine Zunahme kooperativer Führungsstile aus (vgl. Derin & Singelstein 2022, S. 113). In der praktischen Gestaltung der Dienstwege über Hierarchien hinweg, aber auch bei der Anwendung bzw. Umsetzung von

5 Rainer Wendt kommentiert in dieser Weise im *Polizeispiegel* eine Äußerung des Kriminologen Tobias Singelstein. Dieser hatte in einem Interview mit der Zeitschrift *Stern* gesagt, dass es »in der Polizei auch Strukturen, Vorgehensweisen und Praxen [gibt], die man als rassistisch bezeichnen kann« (Wüstenberg 2019). In dem von Wendt verfassten Leitartikel der betreffenden Ausgabe des *Polizeispiegels* findet sich auch eine Stellungnahme zu den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die wie beschrieben eine Rahmenbedingung von Forschung bilden. Wendt schreibt in diesem Zusammenhang von »›Rassismusstudien‹ ... bei denen die Beleidigung schon in der Überschrift steht« (Wendt 2022, S. 3).

Gesetzen und Dienstanweisungen, ergeben sich für Polizist:innen charakteristische Spielräume: Sie stehen in ihrer beruflichen Praxis alltäglich vor der Anforderung einer hohen Autonomie in der situativen Umsetzung des in der hierarchisch strukturierten Organisation, in Gesetzen und Dienstvorschriften verbürgten formalen Handlungsregelwerkes. Es ergibt sich insofern ein »Spannungsverhältnis zwischen der formalen, funktionalen, hierarchischen und rationalen Ausgestaltung der bürokratischen Organisation und der gleichzeitigen Autonomie der Tätigkeit sowie der Orientierung an Informalität und Kollegialität im professionellen Handeln« (Wilz 2012, S. 124). Dieses Spannungsverhältnis zeigte sich im Rahmen der Feldforschungen des soziologischen Projekts der INSIDER-Studie beispielsweise in Bezug auf Dienstwege, wenn sich innerhalb des Spannungsverhältnisses Spielräume auftraten und sich für Polizist:innen Möglichkeiten ergaben, dem Dienstweg nicht zu entsprechen, sondern anderweitig zu handeln. Entsprechende Möglichkeiten sind dann jeweils an weitere Ressourcen dieser Beamt:innen und deren ›Standing‹ innerhalb der Organisation gebunden und insofern dauerhaft und strukturell riskant.⁶ Insofern ist auch hier eine Ambivalenz zu notieren: die Beamt:innen bewegen sich zwischen strikter Hierarchie und weitreichenden eigenen Gestaltungsmöglichkeiten polizeilicher Praxis.

Für Forschende spielen die Hierarchien und Dienstwege innerhalb der Polizei eine erhebliche Rolle, wenn es um die Rekrutierung von Interviewpartner:innen oder um die Verabredung von Feldaufenthalten geht. Für die Rekrutierung von Forschungsteilnehmer:innen ist INSIDER teilweise auf die Vorauswahl von Interviewpartner:innen oder auch Dienstgruppen für teilnehmende Beobachtungen durch die Forschungsstelle an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz angewiesen. Dabei melden Teilnehmer:innen öfters zurück, sie seien »geschickt« worden oder sie seien zwar gefragt worden,

6 Derin und Singelstein pointieren dieses Risiko auch in Bezug auf den herausfordernden Umgang von Untergebenen mit Fehlverhalten von Vorgesetzten innerhalb der Polizei, wenn Fehlverhalten der nächsthöheren Stelle vorliegt, die selbst gewissermaßen auf dem Dienstweg liegt: Missachten Polizist:innen in solch einem Fall »den Dienstweg oder wenden sie sich an Verantwortliche außerhalb der eigenen Dienststelle« werde, so ihre starke und empirisch nicht belegte These, »nicht unbedingt zugunsten der meldenden Person eingegriffen, sondern es kann ihr schnell auf die Füße fallen, wenn die Meldung bekannt wird« (Derin & Singelstein 2022, S. 114). Gleichwohl gilt es u.E. für die Forschung, eine entsprechende Einschätzung als eine nicht zu vernachlässigende Erwartungshaltung im polizeilichen Feld mitzuführen und deren potentielle Folgen für das Meldeverhalten mit zu reflektieren.

hätten aber »eigentlich nicht nein sagen« können. Forschungsteilnehmer:innen wurden also teilweise von ihren Vorgesetzten in die Pflicht genommen. Als (weisungsgebundene/r) Polizist:in an Forschung teilzunehmen, ist dann mithin nicht so freiwillig, wie forschungsethische Satzungen das eigentlich vorsehen würden. So heißt es im Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen (DGS & BDS 2017, § 2 Abs. 3):

»Generell gilt für die Beteiligung an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, dass diese freiwillig ist und auf der Grundlage einer möglichst ausführlichen Information über Ziele und Methoden des entsprechenden Forschungsvorhabens erfolgt. Nicht immer kann das Prinzip der informierten Einwilligung in die Praxis umgesetzt werden, z.B. wenn durch eine umfassende Vorabinformation die Forschungsergebnisse in nicht vertretbarer Weise verzerrt würden. In solchen Fällen muss versucht werden, andere Möglichkeiten der informierten Einwilligung zu nutzen.«

Angeichts der beschriebenen feldspezifischen Herausforderungen, den Ansprüchen an Freiwilligkeit und informierte Einwilligung gerecht zu werden, gilt es, pragmatische Vorgehensweisen zu finden. Darin besteht eine nicht zu unterschätzende Herausforderung: So ist es bemerkenswert, dass sich auf die im Rahmen der INSIDER-Studie auf mehreren Kanälen und in multimedialer Form kommunizierten ausführlichen Informationen zur Studie und die Möglichkeit und Bitte hin, sich bei Interesse an und der Bereitschaft für ein Interview auch direkt an die Forschenden wenden zu können (sowohl die E-Mail-Adressen als auch die privaten Mobiltelefonnummern wurden kommuniziert), bisher keinerlei Meldungen eingingen. Hinsichtlich der Freiwilligkeit sind also Abstriche zu machen, wobei es dann umso mehr gilt, diesen Mangel an anderer Stelle einzufangen, indem Freiwilligkeit und informierte Einwilligung über den gesamten Forschungsprozess mitbedacht und insbesondere mit den Forschungsteilnehmer:innen im persönlichen Kontakt (immer wieder) verhandelt werden: Informationen zur Studie sind im persönlichen Gespräch kommunikativ zu vermitteln und dass Forschung stattfindet, muss auch dann kommunikativ präsent gemacht werden, wenn eine Gewöhnung an die teilnehmende Beobachtung stattgefunden hat und Forschende ganz selbstverständlich und insofern »unbemerkt« im Arbeitsalltag mitlaufen. Freiwilligkeit und insbesondere die Möglichkeit, an der Studie nicht mitzuwirken oder zu einem späteren Zeitpunkt die Einwilligung zu widerrufen, muss im direkten Kontakt mit den

Polizist:innen eingelöst werden. Dabei muss vor allem auch deutlich gemacht werden, dass Nicht-teilnehmen folgenlos bleibt und Hinweise darauf insbesondere auch nicht an Vorgesetzte und Kolleg:innen weitergegeben werden.

Mit der Erfahrung, dass Polizist:innen von ihren Kolleg:innen und Vorgesetzten zur Teilnahme an Forschung in die Pflicht genommen werden, verbindet sich zudem die weitere Frage nach denjenigen Polizist:innen, die nicht kommen, nicht sprechen, sich nicht beobachten lassen; also all denjenigen, die weder geschickt noch gefragt werden, die sich nicht haben schicken lassen oder die »nein« sagen (können bzw. konnten), oder die während Phasen teilnehmender Beobachtung die Forschenden schlicht meiden, also ihnen »aus dem Weg gehen«. Die Gründe für eine Auswahl bestimmter Personen und eine Zurückhaltung gegenüber Forschenden können vielfältig sein und sollten nach Möglichkeit in Erfahrung gebracht werden. Vorbehalte können nach gelingendem Erstkontakt oft auch abgebaut werden. Ein Mangel an Wissen über Forschungsziele und ein fehlendes Vertrauen gegenüber Forschenden kann ebenso über längere Phasen der Feldforschung hinweg ausgeglichen werden. Werden Forschende aber in bestimmten Situationen oder über einen längeren Zeitraum hinweg systematisch gemieden oder ausgeschlossen, ist zu überlegen, welche Hintergründe sich für eine solche Praxis identifizieren lassen. Gerade die sensible Beobachtung von Praxen des Ein- und Ausschließens und der Dynamiken von Nähe und Distanz sind oft bedeutungsvolle Zeugnisse der für Forschende erst zu rekonstruierenden Charakteristika der Polizei und ihrer unterschiedlichen Bereiche und Ebenen in Forschungssettings.

Für wissenschaftliche Studien ergeben sich somit polizeispezifische Ambivalenzen und Herausforderungen der Rekrutierung von Forschungsteilnehmer:innen. Es gilt insbesondere im Rahmen der Feldforschung, Polizeibeamt:innen direkt anzusprechen, für Interviews sozusagen anzuwerben, Kontaktdaten auszutauschen und auf direkten Kommunikationskanälen Termine zu vereinbaren. Und ein wesentlicher Lösungsansatz besteht schlicht in alltäglichen Kontaktregeln: Zeit investieren, Präsenz zeigen, an Personen dranbleiben, direkte Kontakte aufbauen und Gespräche suchen.

3.3 Zwischen Homogenität und Heterogenität

Polizist:innen verbringen ihre Arbeitszeit auch – und in der Regel vornehmlich – mit den Kolleg:innen, die im Verhältnis zu ihnen keine Vorgesetzten sind bzw. deren Vorgesetzte sie nicht sind, zu denen sie sich aber doch in (Dienst-)Alter, Besoldungsstufe, Dienstgrad, Geschlecht, Biografie usw. un-

terscheiden. Das spezifische mehrschichtige Erfahrungswissen und die damit verbundenen Interpretationen von Situationen und Interaktionen mit anderen Personen – auch den Forschenden – sind auch über den Dienstgrad und die Funktion sowie den damit verbundenen Status innerhalb der polizeilichen Hierarchie hinaus jeweils positionsabhängig. Wissen, Deuten und Handeln hängt von den Positionen ab, die Polizist:innen innerhalb der Polizei und im Berufsalltag ›drinnen‹ wie ›draußen‹ aufgrund ihrer weiteren intersektionalen Identitäten – beispielsweise als Vater, Witwe, Homosexueller, Christin, Person mit Migrationserfahrung, *Person of Color* oder auch hinsichtlich der eigenen Lage im Generationenzusammenhang – einnehmen und einnehmen können. Das heißt für Forschende, dass sie es grundsätzlich mit einer heterogenen Gruppe zu tun haben, die sich zwar erfahrungsmäßig ›als Polizist:in‹ und insofern als miteinander verbunden begreift, ggf. aber nicht im Hinblick auf alle bzw. weitere bedeutsame Erfahrungen und Selbstdefinitionen homogen ist. Forschung, die auch auf der Mikro-Ebene einzelner Polizist:innen ansetzt und sich für deren Erfahrungen, Deutungen und Handlungen interessiert, muss also grundsätzlich eine intersektionale wie positionssensitive Perspektive einnehmen.

Diese diversen Konstellationen von Selbst- und Fremdbeschreibungen wie auch ihres Verhältnisses zueinander reflektieren sich im Rahmen des wissenschaftlichen Diskurses inzwischen regelmäßig in die Erwartung oder auch Forderung, dass Forschungsteams möglichst divers aufgestellt sein sollten. D.h. jenseits der für jede qualitativ-empirische Forschung ohnehin selbstverständlichen Reflexion der jeweils eigenen Identitäten (Erfahrungen und Geschichten) vor dem Hintergrund der Frage nach Interaktionen ermöglichenden wie verstellenden Aspekten wird die personelle Konfiguration von Teams zum Thema. Diesbezüglich ist allerdings zu betonen, dass dieser Erwartung zunächst schlicht auch strukturelle Grenzen gesetzt sind: die Forschungsarbeit muss organisiert und koordiniert werden und sie ist typischerweise erheblichen finanziellen Restriktionen unterworfen. Darüber hinaus erweist es sich aber ebenso als Utopie, die komplexe Heterogenität des Feldes adäquat auf der Ebene eines zwei, drei, vier oder auch fünf Personen umfassenden Teams zu repräsentieren. Hilfreich können hier im Falle qualitativer Datenauswertungen bspw. personelle Zusammensetzungen für Gruppeninterpretationsverfahren sein. Der Anspruch, eine explorative und offene Forschung zu realisieren, besteht selbstredend für jede qualitativ-empirische Studie, jedoch ist er mit Blick auf die Polizei noch einmal gesondert zu unterstreichen, denn gerade dieser Gegenstand lädt wohl mehr als

andere zu einer zu homogenisierenden Wahrnehmung ein – nicht zuletzt angesichts von Uniformen, einer nach außen hin oft als einheitlich propagierten Polizei und der Tatsache, dass einzelne Polizist:innen immer auch für die Organisation als Ganze stehen.

3.4 »Super Organisation« oder »Laden Polizei«? – Forschung und das Verhältnis der beforschten Polizist:innen zur eigenen Organisation

Die Polizei ist eine Organisation, die in ausgeprägtem Maß Bindungskräfte entfaltet. Eine hohe Identifikation mit sowie eine positive Einstellung gegenüber der eigenen Organisation können prinzipiell eine für Forschung aufgeschlossene Haltung bedingen. Allerdings werden bestehende Probleme den Forschenden von diesen Polizist:innen eher nicht vorgetragen, weil diese sie typischerweise nicht wahrnehmen und/oder thematisieren. Solche Kontakte ins Feld sind – ungeachtet der damit verbundenen Herausforderungen – dennoch sehr wertvoll für den Forschungsprozess, weil sie es erlauben, die sozialen Dynamiken der Organisation und insbesondere die Bindungskräfte zu untersuchen, die die Polizei für ihre Polizist:innen oft entfaltet. Außerdem kommt solchen Kontakten eine öffnende Funktion mit Blick auf das Feld zu, wenn sie Kontakt zu anderen Polizist:innen ermöglichen, indem sie eine grundsätzliche Offenheit dafür zeigen, Forschende mitzunehmen und ihnen ihre Arbeitswelt zu zeigen. Dies illustriert das folgende Beispiel einer/s Polizistin/en der Schutzpolizei. Diese/r erklärt im Rahmen eines Kennenlerngesprächs zu Beginn einer teilnehmenden Beobachtung, sie/er finde, die Polizei sei eine »super Organisation«. Sie/Er habe Lust auf die Forschung und habe sich daher auf einen internen Aufruf hin zur Teilnahme an INSIDER gemeldet. Es geht einigen Polizeibeamt:innen auch darum, an Forschung mitzuwirken, auch weil diese es ermögliche, das (kritische) öffentliche Bild der Polizei mitzugestalten und zu zeigen, wie »super« die öffentlich in Frage gestellte Polizei tatsächlich ist. Vor diesem Hintergrund stellt der Wunsch, für die eigene Organisation an Forschung mitzuwirken und das öffentliche Bild der Polizei zu verbessern bzw. aus einer »Überprüfung« gestärkt hervorzugehen, eine Motivation für eine aufgeschlossene Haltung gegenüber Forschung und der damit verbundenen Öffnung der Organisation dar. Solche Polizist:innen weisen typischerweise auf kleinere Probleme hin: Der bisherigen Projekterfahrung nach handelt es sich dabei tendenziell eher um sowohl für die Polizei als auch für die Forschungsperspektive des soziologischen

Teilprojekts von INSIDER weniger relevante oder relativ leicht veränderbare Probleme. Charakteristisch für diese Haltung ist auch der Glaube daran, dass Probleme innerhalb der Organisation angegangen und Fehler aufgearbeitet werden können.

Im Gegensatz zu dieser Haltung bildet Forschung für manche Polizist:innen aber auch eine Gelegenheit, sich dezidiert über den eigenen Arbeitsalltag und die Polizei ›auszulassen‹. Mit viel Engagement und geradezu Freude an der Beschwerde wird dann mitunter vorgetragen, welche gravierenden Probleme bei der Polizei bestünden. Der folgende Ausschnitt aus der Feldnotiz verdeutlicht, wie scharf und intensiv diese Kritik ausfallen kann. In dem Beispiel aus dem Rahmen einer teilnehmenden Beobachtung stehen Polizist:innen der Bereitschaftspolizei am Rande eines Einsatzes zusammen und die/der dabei stehende Forscher/in wird direkt angesprochen:

»Ein:e Polizist:in [fortan: P:in] [...] kommt an mir vorbei und fragt mit einem Grinsen [...], ›na, wie ist jetzt dein Bild von der Polizei?‹ Jemand anderes aus [...] [der] Gruppe sagt irgendetwas von ›Steuergeldern‹ und P:in fügt hinzu ›wegen der [paar] Hansel‹. [...] P:in findet, die »Polizei macht sich lächerlich« und P:in fragt mich, ›beschämend, ne?‹ und meint dann, wir hätten den ›richtigen Einsatz ausgesucht‹.«

Polizist:innen bringen gelegentlich gar zum Ausdruck – so das folgende Beispiel einer/s Polizistin/en der Schutzpolizei – sie könnten nicht verstehen, dass sich ein/e junge/r Polizist:in

»das hier antut; (.) Laden Polizei Rheinland-Pfalz muss mer ja auch ehrlich dazu sagen wer sich das mittlerweile antut; Hut ab; Respekt«.

In der Regel äußern auch diese Polizist:innen dann aber ebenso, sie würden den Beruf – trotz aller Kritik – wieder ergreifen.

Für Forschende geht mit einer sehr positiven Einstellung von Polizist:innen gegenüber der eigenen Organisation wie auch mit einer polizeilichen Beschwerdelust somit die Herausforderung einher, Lob wie auch Kritik nicht fraglos zu übernehmen, sondern jeweils zu hinterfragen, in Reaktion worauf diese/s hervorgebracht wird und welche Bedeutung und Funktion diesem/dieser entsprechend jeweils zukommt. In diesem Zusammenhang ist folglich eine durch teilnehmende Beobachtung und deren Protokollierung erworbene tiefergehende – beispielsweise auch die körperlichen ›Einschleifun-

gen« des Berufsalltags umfassende – Feldkenntnis sowie ein rekonstruktives Vorgehen bei der Interpretation der Beobachtungsprotokolle notwendig, das es erlaubt, im Feld Erlebtes und Protokolliertes vor dem Hintergrund der Frage: ›Was ist es, worauf die Akteur:innen im Feld mit ihrem Handeln reagieren?‹ zu deuten und zu verstehen. Diesem methodischen Erfordernis entspricht das soziologische Teilprojekt von INSIDER mit der Entscheidung für eine spezifische fallrekonstruktive Forschungslogik. Diese identifiziert auf dem Weg methodisch kontrollierter Sinnrekonstruktion das Allgemeine im Einzelnen, indem Fallstrukturen feinanalytisch herausarbeitet und auf dieser Grundlage Typen gebildet werden (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021, S. 311–348, Oevermann 2000).

3.5 Zwischen ›Action‹ und Langeweile – die Aufrechterhaltung des schuttpolizeilichen Selbstbildes vor Forschenden

Insbesondere bei der Schutzpolizei begegnen im Rahmen der Projektarbeit immer wieder Polizist:innen, die den Wunsch haben, den Forschenden ›etwas zu bieten‹, also einen spannenden – oder auch skurrilen – Berufsalltag zu zeigen, um die Forschenden nicht zu langweilen. Der folgende Ausschnitt aus einer Feldnotiz ist ein entsprechendes Beispiel:

»Auf der Polizeiinspektion spricht mich P:in an ›haben sie dir was geboten?‹ Ich berichte knapp. P:in meint daraufhin ›wärs du besser bei uns mitgefahren. Wir hatten einen übelriechenden Mann.‹ Dabei rümpft P:in die Nase. Dann kommt P:in mit dem Kopf näher zu mir heran, kichert leise. ›Wir haben den durchsucht und der hatte Damenunterwäsche an!‹«

Vornehmlich dann, wenn Polizist:innen zum ersten Mal begleitet werden oder man sie noch nicht lange in ihrem beruflichen Alltag begleitet, sind sie oft bestrebt, von besonders kuriosen, interessanten oder action-reichen Einsätzen oder Fällen ihres Berufsalltags zu berichten oder die Forschenden solche möglichst miterleben zu lassen. So sagt etwa ein/e Polizist:in, der/die zum ersten Mal eine/n Forschende/n mitnimmt, zur/m Kollegin/en auf der Wache, die während der Fahrt im Streifenwagen zu Einsätzen schicken wird, sie solle sie/ihn (mit der/dem Forschenden) schicken, »wenn was Interessantes ist«. ⁷

7 Ein anderes Beispiel ist das eines/r Polizisten/in, der einem Mitglied des Forschungsteams, als es nichts zu tun gibt, Videos vergangener actionreicher Einsätze am Computer zeigt: »Nach dem Einsatz hat P:in Leerlauf und zeigt mir verschiedene Aufnahmen

Das Bestreben, Forschenden »etwas zu bieten«, lässt sich vor dem Hintergrund eines polizeilichen Selbstbildes deuten und verstehen, welches beinhaltet, dass der Beruf nicht langweilig ist und etwa nur »langweilige« Routinen beinhaltet, sondern vielmehr (gefährvolle) Ausnahmesituationen. Diese Distanzierung von der Langeweile bildet ein zentrales Element des Selbstbildes von Polizist:innen und fällt zusammen mit einem Strukturmerkmal der Organisation Polizei. Deren grundsätzliche Verankerung im staatlichen Gewaltmonopol bedeutet u.a. »ein besonderes Spannungsverhältnis in der alltäglichen Amtsausübung und im Arbeitshandeln, das einerseits in »normalem« Verwaltungshandeln und »normaler« Sachbearbeitung und andererseits im Umgang mit existenzieller Bedrohung besteht« (Wilz 2012, S. 113). Bezogen auf die polizeiliche Praxis spricht Miriam Schäfer diesbzgl. von einem »Wechsel zwischen Routine- und Ausnahmesituationen« (Schäfer 2020, S. 3), den sie als ein konstitutives Merkmal schutzpolizeilicher Arbeit ausmacht: »Die Beamt*innen arbeiten in einem Feld, in dem ständig etwas passieren kann. Dieses »passieren« ist damit Teil der Routinen ihres polizeilichen Arbeitsalltags. Außerdem kann jede Situation, die zunächst routinemäßig verläuft, sich auch zu einer Ausnahmesituation entwickeln« (Schäfer 2020, S. 3).

Diese Beobachtung betrifft nicht nur die Struktur der schutzpolizeilichen Arbeit. Sie hat auch Eingang in das schutzpolizeiliche Selbstbild gefunden. Es sind insbesondere die (gefährvollen) Ausnahmesituationen, die Polizist:innen bemerkenswert erscheinen und über die sie ihr berufliches Selbstbild definieren⁸; nicht aber die vielen Stunden, die sie vor ihren Computern mit der Sach-

auf dem Computer: Die Aufnahme einer Überwachungskamera von einer Schlägerei. Die Polizei ist gar nicht zu sehen. Die Aufnahmen zeigen, was vor dem Polizeieinsatz passierte. Ich spreche das an und meine, »hier seht ihr das, was ihr nicht wisst, wenn ihr bei einem Einsatzort ankommt?« Das bejaht P:in, die Überlegungen zum Status des Videomaterials stoßen aber ansonsten nicht weiter auf Interesse. P:in erklärt mir stattdessen, was die Gefilmten tun: »Der deponiert da jetzt eine Flasche Pfefferspray« »dahinten passiert irgendwas«, »das ist wieder der, der angefangen hat«, »jetzt laufen die ...«.

- 8 Vgl. dazu auch die folgende Felderfahrung: Während einer (ereignislosen) Fahrt im Streifenwagen fragt eine:r der beiden Polizist:innen »nach Fällen, die mir bisher untergekommen sind. Ich erzähle ein wenig und meine »ich hatte noch nichts mit Toten«. Da kommt Leben in die beiden. Sie erinnern sich an einen vergangenen Fall. P:in sagt, »ich glaub, ich habe noch Bilder«. P:in hat das Diensthandy gezückt und durchsucht es nach Fotos. Schnell hat P:in die gesuchten gefunden und ist dabei mir das Handy unter die Nase zu halten. P:in hält kurz inne. »Willst du das überhaupt sehen?« Ich sage, »na zeig halt«. Dann zeigt P:in mir drei Bilder einer übel aussehenden Leiche. [...] P:in berichtet

bearbeitung zubringen und ebensowenig die viele Zeit, die sie abwartend und in der Regel plaudernd oder essend in der Wache oder im Aufenthaltsraum der Dienstgruppen verbringen. Und es ist auch nicht – im Fall der Bereitschaftspolizei – die Zeit, die wartend im Wagen am Rande von Großseinsätzen zugebracht wird. Dieses besondere, enge, quasi-familiäre und kollegiale Miteinander in Zeiten des Leerlaufs – das sei hier der Vollständigkeit halber angemerkt – prägt gleichwohl als ein zentraler Bestandteil das polizeiliche Selbstbild. In solchen Phasen von gelebter polizeilicher Langeweile kommt es regelmäßig vor, dass Polizist:innen sich die Zeit nehmen, Forschenden zu erklären, sie seien nicht entspannt, denn sie hörten mit einem Ohr immerzu den Funk mit, falls etwas ›passieren‹ sollte und sie schnell losmüssten. An manchen Tagen sei so viel los, sie fänden dann nicht mal Zeit zum Essen. Didier Fassin beschreibt ausgehend von ethnografischen Feldforschungen in der französischen Polizei, dass Langeweile eine zentrale, aber nicht als solche hervorgestellte Erfahrung des polizeilichen Arbeitsalltags ist. Die Langeweile der Polizist:innen deutet er als im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung von Polizei und den Selbstbildern von Polizist:innen stehend: »Yet this ambiguous situation, which makes them appear to be what they are not, contributes to the discomfort of many« (Fassin 2017, S. 284). Er kommt zu folgendem Schluss: »Boredom, simultaneously lived and denied, is at the heart of police disenchantment« (Fassin 2017, S. 284).⁹

›Action‹ und Langeweile stehen in Bezug auf das polizeiliche Selbstbild also in einem Spannungsverhältnis und schnöde Routinearbeiten sind für Polizist:innen entsprechend ambivalente Alltagserfahrungen, die ihr Selbstbild herausfordern können. Der Umstand, dass Polizist:innen dieses Selbstbild gegenüber den Forschenden zunächst darstellen und sodann aufrechterhalten müssen, kann eine Öffnung gegenüber Forschung und das Gewähren von entsprechenden spezifischen Einblicken in vergangene (action-reiche) Arbeitssi-

von einem schlimmen Geruch. P:in habe sich beinahe übergeben. Der/die andere P:in sagt, es sei fürchterlich gewesen. Selbst Lüften habe nichts geholfen. Normalerweise machten Tote ihnen nichts aus, aber dieser sei schlimm gewesen. Sie erzählen kurz, wie die Person zu Tode gekommen war«.

- 9 Dem Umstand kann, wie Fassin erläutert, auch eine polizeipolitische Bedeutung zukommen: »Because this reality is ignored by the population and disavowed by the agents, the illusion can be maintained, serving to justify the need for more forces and more repression. It can even be obscured by politics of quota artificially exaggerating statistics and deceptively feigning action. It then becomes an instrument of power« (Fassin 2017, S. 287).

tuationen nach sich ziehen. Für Forschende geht damit die Herausforderung einher, diese Arbeit am Selbstbild aufzunehmen, aber nicht zu übernehmen und die forschersischen Aufmerksamkeiten nicht entsprechend vornehmlich auf die action-reichen Momente des polizeilichen Alltags einengen bzw. lenken zu lassen. Denn dann könnte übersehen werden, dass der Alltag auch maßgeblich von vermeintlich ›langweiligen‹ Arbeiten in den Bereichen Sachbearbeitung und Verwaltung gekennzeichnet ist. Es bedarf folglich längerer Phasen der Feldforschung, um polizeiliches Arbeiten in seiner Alltäglichkeit kennenzulernen und als fortlaufenden Verstehenshintergrund kennengelernt zu haben. Die beschriebenen ›Performances‹ von Polizist:innen sind dabei vornehmlich Phänomene der Anfangsphase von Forschung, der Kennenlernphase von Polizist:innen und Forschenden. Sie spielen aber auch im weiteren Verlauf von Feldforschungen immer wieder eine Rolle, beispielsweise, wenn es um die Verabredung von Terminen für teilnehmende Beobachtungen geht und Polizist:innen im Hinblick auf ›Action‹ und Langeweile die Aufenthalte der Forschenden vorstrukturieren könnten, indem sie empfehlen, eher zu bestimmten Zeiten zu kommen als zu anderen, weil dann ›etwas los‹ sei, also weniger Leerlauf zu erwarten ist.

3.6 Zwischen Nähe und Distanz – Öffnung gegenüber Nicht-Polizist:innen

Für Polizist:innen ist die Teilnahme an Forschung immer auch eine Möglichkeit, ›Uneingeweihten‹ Einblicke in ihren ansonsten für Nicht-Polizist:innen unzugänglichen Arbeitsalltag und den damit verbundenen Erfahrungsschatz zu geben. Forschung ist insofern eine Gelegenheit, nach außen zu kommunizieren, mit welchen Menschen in Ausnahmesituationen oder auch menschlichen Abgründen sie als Polizist:innen zu tun haben.¹⁰ Natürlich lassen sich

10 Der folgende Ausschnitt aus einem Beobachtungsprotokoll enthält eine solche Szene des ›Zeigens‹ der schwierigen menschlichen Schicksale, die Polizist:innen kennen. Hier: Ein Mitglied des Forschungsteams ist mit zwei Polizist:innen der Schutzpolizei im Streifenwagen unterwegs: »Dann kommen sie auf eine Person zu sprechen, mit der sie zu tun haben. Sie wollen die Person nun aufsuchen. Sie haben ein Formular für sie. Dieses zu überbringen wäre eigentlich nicht dringend, aber sie möchten mir die Person wohl auch gern zeigen. Sie [...] habe ›komplett den Lebensfaden verloren‹ [...]. Sie kennen ihre Geschichte und erzählen mir diese kurz. Dann machen sie sich auf den Weg zu ihrer Wohnung. ›Das wäre optimal für dich‹, meint P:in zu mir. ›Da braucht man viel Geduld.‹ P:in spielt eine wirre Voicemail von der Person laut im Streifenwagen ab,

auch diese Darstellungen des Arbeitsalltags im Hinblick auf das zuvor diskutierte polizeiliche Selbstbild deuten. Darüber hinaus jedoch bildet die Feldforschung gewissermaßen auch eine ›Brücke in die Gesellschaft‹. Sie entfaltet öffnende und potenziell entlastende Funktionen. Auch dieses Phänomen ist eines der Anfangsphasen der Feldforschung. Je länger diese andauert, umso ›eingeweihter‹ sind die Forschenden bzw. als umso ›eingeweihter‹ werden sie wahrgenommen. Für die Anfangsphase sind Momente großer Offenheit für Forschende gute Gelegenheiten, sich Vertrauen zu erarbeiten und Polizist:innen zu zeigen, dass sie wirklich offen sein können – dass Forschende Erlebtes aushalten können. Für Forschende geht mit diesem Umstand die Herausforderung einher, angesichts dessen, was sie ggf. zu hören und zu sehen bekommen, nicht mitzuleiden, die Feldforschung also auszuhalten und zu verarbeiten. In diesem Zusammenhang besteht für Forschende ebenso die Herausforderung, ihr Bild von Polizist:innen zu reflektieren und ggf. zu dekonstruieren, um prinzipiell zu realisieren, dass auch Polizist:innen nicht ›alles aushalten‹ können bzw. müssen und um als Forschende in entsprechenden Situationen ggf. Hilfsangebote bereitzuhalten.

Für jede (feldforschende) qualitative Forschung sind Verhandlungen um empathische Nähe und beobachtende Distanz elementare Herausforderungen (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021, S. 63ff.). So gibt es der Erfahrung nach einerseits polizeispezifische ›Zugzwänge‹ der Organisation bzw. charakteristische Momente des Zulassens bis hin zum Einfordern großer Nähe durch die Polizei. Andererseits kommt es auch zur Herstellung von für Forschende unüberwindbarer Distanz. Ein Beispiel dafür ist auf der einen Seite

um mir zu zeigen, wie die Person ist. [...] [Die Person aufzufinden dauert längere Zeit. Schließlich treffen sie sie zufällig auf der Straße an.] Während die Person wirr und ausfürhlich erzählt, schaut P:in immer wieder zu mir herüber und grinst. P:in scheint froh, mir die Person nun doch noch präsentieren zu können. [...] P:in kommt zu mir herüber und fragt mich leise ›hast du ihr Bein gesehen?‹ Ich habe das Bein noch nicht gesehen und trete nun hinter dem Streifenwagen hervor, um es mir anzuschauen. Das Bein sieht entzündet und angeschwollen aus. P:in beobachtet meine Reaktion. Zu P:in gewandt lege ich einen Schmerz anzeigenden Gesichtsausdruck auf. P:in spiegelt diesen zurück und sagt leise ›völlig abgeschmiert‹. Nach einer Weile spricht P:in die Person auf ihr Bein an und redet ihr ins Gewissen, ›gehen Sie zum Arzt‹. [...] Die Polizist:innen steigen ins Auto, nachdem sie sich mit ›einen guten Tag Ihnen noch‹ verabschiedet haben. [...] Sie problematisieren, dass die Person eigentlich gar nicht zurechnungsfähig sei und dass sie lieber mit ihrem Betreuer sprechen sollten, der aber nie zu erreichen sei«.

die immense Offenheit der Organisation für den Einbezug wissenschaftlicher Expertise beispielweise im Rahmen der polizeilichen Organisationsarbeit in Arbeitsgemeinschaften. Auf der anderen Seite haben sich die Forschenden auch immer wieder – ernüchternden – bedeutungsvollen und polizeitypischen Momenten des Ausschlusses gegenübergesehen. Es gilt für Forschende, sich Dynamiken von Nähe und Distanz im Feld – wann wird Nähe von wem und in welchen Kontexten eingefordert und zugelassen, wann und wie unterbunden – bewusst und diese zum Gegenstand der Analysen zu machen.

3.7 Beobachtet- werden – Ambivalenzen des Aufbaus einer Forschungsbeziehung

Oft nehmen sich Polizist:innen viel Zeit für Gespräche mit Forschenden, um diesen ihre Arbeitswelt zu zeigen. Manchmal erkundigen sie sich nach dem Eindruck von konkreten Situationen oder danach, wie der Eindruck der Forschenden sich über den Zeitverlauf gewandelt hat und zu welchen Ergebnissen sie gekommen sind. Einerseits zeugt dies von einem erwartbaren Interesse an der Arbeit der Forschenden, die – wie bereits erwähnt – Einblicke in eine normalerweise für Nicht-Polizist:innen unzugängliche Arbeitswelt – und zwar auf der »Vorderbühne« (Goffman 1983, S. 100) wie auch auf der »Hinterbühne« (Goffman 1983, S. 104) – erhalten. Andererseits zeugt dies aber auch von Ambivalenzen: von unsicherem, tastendem Vertrauen gegenüber den Forschenden und von einem Vertrauensvorschuss im Kontext von Unsicherheiten über die zu erwartenden Forschungsergebnisse. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, durch die Polizei aktuell erheblich unter Druck steht, ergibt sich für Forschende die Herausforderung, das – zwar für jede qualitative Forschung, aber für das Feld Polizei in besonderem Maße – nötige Vertrauen zu gewinnen und aufrecht zu erhalten, es auch auch dauerhaft durch eine offene Forschungsperspektive einzulösen. Das Thema begleitet – gerade auch hinsichtlich der forschungsethischen Anforderungen an die Anonymisierung und Pseudonymisierung des empirischen Materials – den gesamten Forschungsprozess.

Wie eingangs dargelegt, wurde auch die INSIDER-Studie im Kontext kritischer und teilweise vorwurfsvoller gesellschaftlicher und politischer Diskurse über Polizei und Polizeiarbeit auf den Weg gebracht. Forschung kann in solchen Kontexten sowie auch von Seiten der Politik – wie beschrieben – die Funktion eines Kontrollinstrumentes zugesprochen bzw. angetragen werden. Entsprechend kann Forschung von polizeilicher Seite als eine Form der Über-

prüfung auch dann wahrgenommen werden, wenn Grenzziehungen gegenüber der Politik vorgenommen und Vereinnahmungsversuche von Seiten der Forschenden unterbunden werden. Für die beforschten Polizist:innen können sich im Kontakt zu den Forschenden vor diesem Hintergrund erhebliche Ambivalenzen ergeben. Der folgende Ausschnitt aus einer Feldnotiz veranschaulicht dies. Während eines Kennenlerngesprächs mit einem Mitglied des Forschungsteams mit anderen Polizist:innen erklärt ein/e Polizist:in, ohne dass dies in Frage gestellt worden wäre, »wir sind offen« und »wir verstellen uns nicht«. Für Forschende geht mit diesen Rahmenbedingungen und den Selbsterklärungen, Einschätzungen und Befürchtungen aus dem Feld die Herausforderung einher, sich Vertrauen sozusagen erarbeiten zu müssen und entsprechend als vertrauenswürdig – und d.h. auch nicht als Kontrolleur:innen – wahrgenommen zu werden und diesbezüglich für Entspannung zu sorgen. Dies ist nicht immer eine leichte Aufgabe, da die öffentlichen Debatten um Polizei(arbeit), um Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismus, um Radikalisierung sowie Diskriminierung einen besonders wirkmächtigen Rahmen für die Forschungsarbeiten auch innerhalb des polizeilichen Feldes für INSIDER bilden.

Es ist vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatten darüber hinaus für die Polizeiführung und die Politik eine schwierige Situation, nicht zu wissen, welche konkreten Forschungsergebnisse sich ergeben werden. Ein/e Polizist:in kommentiert die entsprechende implizite Sorge bzw. das entsprechende Interesse der Polizeiführung folgendermaßen: »Die da oben juckt das richtig«. Entsprechende, durchaus mit (An-)Spannung erwartete Forschungsergebnisse zum Radikalisierungs-, Extremismus- und Diskriminierungskomplex könnten politische Relevanz erlangen und ggf. Politiker:innen unter Druck setzen oder dem Ansehen der Polizei – außen wie innen – oder auch einzelner Bereiche oder Dienststellen schaden, so eine im Hintergrund aufscheinende Befürchtung.¹¹

11 Hier zeichnet sich eine weitere forschungsethische Herausforderung ab: Das Prinzip der Nichtschädigung durch die Mitwirkung an Forschung ist in dem spezifischen Feld oft nicht über einzelne Individuen hinausgehend eingelöst, wenn Forschung mit dem Ziel antritt, konkrete und praxisrelevante Handlungsempfehlungen zu formulieren, die mittelbar Folgen für die Beforschten zeitigen können. Ob solche Folgen tatsächlich eintreten, liegt dabei nicht in der Hand der Forschenden, sondern es hängt von der Politik und den Entscheidungsträger:innen in der Polizei ab. Vgl. dazu auch den Ethik-Kodex der DGS: »In ihrer Rolle als Forschende, Lehrende und in der Praxis Tätige tragen Soziologinnen und Soziologen soziale Verantwortung. Ihre Empfehlungen,

Polizist:innen, die im Rahmen offener teilnehmender Beobachtung begleitet werden, finden sich zu Beginn der Forschung zunächst in einer für sie neuen und besonderen, d.h. nicht alltäglichen Situation. Im Verlauf teilnehmender Beobachtungen muss diese außeralltägliche Situation zu einer alltäglichen werden, in der die Forschenden solcherart in eine Beobachter:innenrolle finden, dass sie idealerweise Teil des Alltags geworden sind und somit kaum noch beachtet werden. Dann ›stören‹ oder ›behindern‹ sie Abläufe oder Gespräche der Polizist:innen untereinander nicht mehr oder werden sogar in diese eingebunden. Im Feld – so eine Erfahrung, die sich vor allem in der jeweiligen Anfangsphase der Begleitung einstellt – gibt es Befürchtungen darüber oder zumindest ein geschärftes Bewusstsein dafür, dass jemand mithört, der oder die von der alltäglichen Art und Weise des Sprechens und Verhaltens der Polizist:innen befremdet sein könnte. Exemplarisch für das Bewusstsein, eventuell irritierend sein zu können, ist die folgende als Teil einer Feldnotiz protokollierte Äußerung: »Du fährst heute bei uns mit«, sagt ein/e Polizist:in. Ein/e weitere/r Polizist:in sagt daraufhin lachend: »Dann müssen wir uns wie normale Menschen verhalten«. Den Hintergrund solcher Äußerungen bildet durchaus auch die Sorge, dass die Forschenden schlecht über die Polizist:innen denken und diese daran anschließend möglicherweise entsprechendes Wissen über oder entsprechende Erfahrungen mit den Polizist:innen in die Organisation hinein oder nach außen kommunizieren könnten.

Dieser Umstand scheint auf, wenn Polizist:innen gelegentlich scherzhaft die Praxis der Forschenden, das zu notieren, was gerade vor sich geht, kommentieren. Die folgenden Notizen verdeutlichen dies: »Während die Gruppe [von Bereitschaftspolizist:innen] [...] im Wagen wartet und sich unterhält, zücke ich mein Notizbuch, um etwas zu notieren. Eine/r der Polizist:innen kom-

Entscheidungen und Aussagen können das Leben ihrer Mitmenschen beeinflussen. Sie sollen sich der Situation und immanenten Zwänge bewusst sein, die zu einem Missbrauch ihres Einflusses führen könnten. Soziologinnen und Soziologen sollen geeignete Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ein solcher Missbrauch und daraus resultierend nachteilige Auswirkungen auf Auftraggeberinnen und Auftraggeber, Forschungsteilnehmerinnen und Forschungsteilnehmer, Kolleginnen und Kollegen, Studierende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermieden werden« (DGS & BDS 2017, §1 Abs. 7). Jedoch können manifeste Wissensbestände der Polizist:innen oder auch der politischen Entscheidungsträger:innen hinzugezogen werden und im Austausch mit ihnen Bedeutungen und mögliche Folgen der Handlungsempfehlungen auf verschiedenen Ebenen der hierarchischen Organisation diskutiert und abgeschätzt werden.

mentiert das sinngemäß mit: »Vorsicht, es wird alles mitgeschrieben«. Ein anderes Mal, als jemand etwas Lustiges, aber auch Anstößiges äußert, macht eine/r der Polizist:innen mit Blick auf mich den Witz, das würde nun direkt notiert«. Diese Ambivalenzen im Umgang mit beobachtenden Forschenden sind ebenfalls eher ein Phänomen der Anfangsphase von Feldforschung. Nach dem Kennenlernen und einem gewissen Zeitraum der Begleitung und insbesondere Gesprächen über INSIDER und die Forschungsarbeiten stellen sich meist Entspannung und mit der Zeit auch ein vertrauensmäßiger Umgang ein. Forschende müssen angesichts dieser Erfahrung jedoch grundsätzlich darüber nachdenken, wie sie die notwendige Praxis der Anfertigung von Notizen in den jeweiligen Situationen im Feld gestalten können.¹²

Mit Blick auf die Sorge, Forschung sei eine Überprüfung, spielt noch ein anderes Phänomen eine Rolle: Polizist:innen sind sich in der Regel ihrer spezifischen Polizeisprache bewusst und verbinden damit gegenüber den Forschenden die Sorge, nicht richtig verstanden zu werden. Den Hintergrund dieser Erwartung von »Verständigungsproblemen« und ggf. Missverständnissen bildet die Alltagserfahrung von Polizist:innen, der zufolge sie von Familie, Freunden und Bekannten, die nicht bei der Polizei sind, häufig nicht verstanden oder – ihrer Einschätzung zufolge – missverstanden werden, wenn sie sich in Abkürzungen, mittels polizeispezifischer Begriffe oder unter Verwendung polizeilichen Jargons ausdrücken. In diesem Zusammenhang werden Wünsche geäußert, weitergehende Gespräche zu führen, um ggf. offene Fragen zu beantworten sowie teilnehmende Beobachtungen genau zu planen oder sich im Anschluss an teilnehmende Beobachtungen zusammenzusetzen, »damit das Ergebnis dann stimmt«.

-
- 12 Eine Möglichkeit besteht ggf. darin, das Notieren ganz oder teilweise in das Nachhinein eines Feldaufenthaltes zu verlegen. Je nach Fokus der teilnehmenden Beobachtung, aber auch je nach Bereich innerhalb der Polizei, in dem teilnehmend beobachtet wird, kann dies eine gute Lösung darstellen. Bezogen auf die Schutzpolizei im Streifenendienst ist dies zumeist jedoch die schlechtere Option, denn es erweist sich als nur schwer umsetzbar, angesichts der in der Praxis der Polizei oft in besonderem Maße dichten und hochfrequenten Eindrücke, die auf Forschende einströmen, das Protokollieren nicht direkt vor Ort oder im Anschluss an Situationen und Einsätze, aber noch im Feld zu erledigen. Dies liegt mitunter daran, dass es innerhalb des Feldes kaum Rückzugsmöglichkeiten gibt, die zur genauen ersten Protokollierung des gerade Erlebten genutzt werden könnten. Oft sind es dann die teilweise unter Nutzung des Sonderwegerechts rasanten An- bzw. Abfahrten zu bzw. von Einsätzen, während derer auf der Rückbank des Streifenwagens in Eile notiert werden kann.

Grundsätzlich müssen Forschende vor diesem Hintergrund wohl abwägen, ob sie im Feld den Begriff der (teilnehmenden) Beobachtung nutzen sollten. Es erscheint demgegenüber ratsam, niedrigschwelliger von Mitgehen oder Begleiten zu sprechen, insofern Polizist:innen mit dem Begriff der Beobachtung stärker als andere nicht durch ein spezifisches berufliches Tätigkeitsprofil ›vorbelastete‹ Gruppen Formen der Observation und Überprüfung verbinden.

3.8 Bahnungseffekte – von der Herausforderung, (nicht) zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Extremismen, Radikalisierung und Diskriminierung zu forschen

Im Anschluss an die bereits diskutierte, kritische öffentliche Debatte um Polizei und Polizeiarbeit, besteht für viele Polizist:innen – so eine weitere Erfahrung aus dem Feld – die Erwartung, Forschenden ginge es ausschließlich, hauptsächlich oder ›eigentlich‹ um die Erforschung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus oder Radikalisierung sowie Diskriminierung in der bzw. durch die Polizei. Es wird also oftmals angenommen, es ginge dem soziologischen Teilprojekt der INSIDER-Studie nur vordergründig um einen weiter gefassten Phänomenbereich, das eigentliche Erkenntnisinteresse liege doch auch hier letztlich auf einem Rechtsradikalismus-Komplex. Diese Erwartung scheint vor allem dann auf, wenn die entsprechenden Themen von Polizist:innen im Feld vor Forschenden selbst angesprochen und/oder praxisrelevant gemacht werden. Im Feld treten diese Themen dauernd auf und werden entsprechend auch dann forschungsrelevant, wenn das Erkenntnisinteresse der Forschenden tatsächlich weiter gefasst ist. Das Forschungsfeld Polizei ist durch die gesellschaftlichen und politischen Debatten, aber auch durch Diskurse der kritischen Polizeiwissenschaft bzw. deren Wahrnehmung innerhalb der Polizei schlicht erheblich vorstrukturiert. Dies zeigt sich nicht zuletzt am zuvor angesprochenen Beispiel des Leitartikels in der Gewerkschaftszeitung *Polizei Spiegel*. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismus, Radikalisierung und Diskriminierung sind kritische Themen für die Polizei angesichts der gegenwärtigen Diskurse und der möglicherweise angenommenen Folgenhaftigkeit von Forschung für die Polizei und einzelne Polizist:innen.

Dabei rechnen Polizist:innen in Forschungskontexten das Interesse der Forschenden an diesen kritischen Themen regelmäßig zunächst der Ebene individuellen Fehlverhaltens zu (›Einzelfälle‹, ›schwarze Schafe‹). Es müsse

den Forschenden doch um die Untersuchung entsprechender persönlicher Einstellungen oder konkreter beobachtbarer Situationen und Praktiken gehen, so die Annahme.¹³ Erfahrungsgemäß denken Polizist:innen also weniger bis kaum an die Ebene entsprechender organisationaler Strukturen oder gesamtgesellschaftlich verankerter ›alltäglicher‹ Diskriminierungen und/oder Rassismen. Von einer solchen Erfahrung berichtet auch das Team der Berliner Polizeistudie (vgl. Howe et al. 2022, S. 23). Auch vor dem Hintergrund dieser feld- und kontextspezifischen Erwartungen an Forschung, lässt sich typischerweise eine reflexhafte Haltung der Beforschten ausmachen: Abwehr und damit verbunden das Bestreben, aus der ›Überprüfung‹ ›sauber‹ hervorzugehen und zu zeigen, dass an den Vorwürfen nichts dran sei.¹⁴

Erwähnungen von Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Radikalisierung, Extremismus und Diskriminierung kamen im Rahmen der soziologischen Forschung von INSIDER als manifeste Themen bislang vor allem in Form von Kommentierungen auf, also als von Polizist:innen in dieser Weise wahrgenommene, gegenüber Polizist:innen fälschlich und absichtsvoll hervorgebrachte Beschuldigungen. Hier besteht die Herausforderung für Forschende darin, angesichts der Vorstrukturierung des Feldes und der entsprechenden Erwartungen (›eigentliches‹ Erkenntnisinteresse, Überprüfungsfunktion der Studie), diese Phänomenbereiche nicht nur zu beachten und rekonstruktiv zu erheben, sondern insbesondere auch zu verstehen, welche Funktion die Abwehr jeweils erfüllt. Eine Erfahrung aus dem Feld

13 Vgl. zu den verschiedenen möglichen Ebenen, auf denen eine Erforschung von Rassismus und Diskriminierung im Bericht der Polizei ansetzen könnte, den umfassend differenzierenden Beitrag von Jens Bergmann & Astrid Jacobsen (2021).

14 Eine solche vorwegnehmende Abwehr zeigt sich in dem folgenden Ausschnitt aus einer Feldnotiz: »P:in nimmt mich zur Seite; d.h. unternimmt eine Fahrt mit mir allein, um mir dann im Auto zu erklären, wie es sei mit Rassismus, Radikalisierung etc. Das Thema wird mir gegenüber von selbst angesprochen, so als gehe P:in davon aus, dass ich mich dafür interessieren würde. P:in sagt, er/sie habe kaum eigene Erfahrungen mit Rassismusvorwürfen, gegen sich selbst als P:in, spricht aber trotzdem davon, dass diese eine Manipulationsstrategie gegen die Polizei seien; beispielsweise, wenn Bürger in einer Verkehrskontrolle meinten, sie würden nur aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert, mit dem Ziel dann weniger genau kontrolliert zu werden o. ä.«. Es wird hier eine Opfer-Täter-Verkehrung angedeutet, indem der Person, die einen Rassismusvorwurf erhebt, unhinterfragt unrechtmäßiges, manipulatives und absichtsvolles Handeln unterstellt wird, so als könne es eine durch rassistische Motive motivierte Polizeikontrolle gar nicht geben.

ist es, dass im Kontext von Erhebungen und vor dem Hintergrund der vertrauensbildenden Forschungsarbeit im Feld, die Themen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Extremismus, Radikalisierung sowie diskriminierende polizeiliche Praktiken wie ›Racial Profiling‹ von Forschenden oft nur nach vorsichtigster Einleitung angesprochen werden können oder zunächst ganz unter den Tisch fallen. Geschieht das, gilt es als Forschende zu diskutieren, wie es dazu kam und ob – und wenn ja inwiefern und aus welchem Grund – Beforschte ›geschont‹ wurden (vgl. Hermanns 2008, S. 365). Der Erfahrung nach bildet den Hintergrund der Aussparung dieser Themen häufig, dass eine Thematisierung zu einer Schließung der Forschungssituationen geführt hätte. Diese Themen lassen sich deshalb in Feldgesprächen oder in Interviews erst nach einiger Zeit des Kennenlernens und der Vertrauensbildung adäquat und in hinreichender Differenziertheit angehen; häufig sogar erst im Rahmen von zweiten oder dritten Gesprächen und Interviews.

Eine Schlüsselrolle spielen insofern auch in dieser Hinsicht jeweils die Themen Offenheit, Reflexivität und Vertrauen. Als Problemsignaturen sollen sie abschließend noch einmal knapp aufgegriffen und vor ihrem Hintergrund erste Überlegungen zu Lösungsstrategien vorgetragen werden.

3.9 Problemsignaturen und pragmatische Lösungsstrategien

Offenheit: Die Polizei als eine gegenwärtig subjektiv wie objektiv unter kritischer Beobachtung stehende und mitunter auch angegriffene Organisation, stellt Forschende wie kaum eine andere vor die Herausforderung, ihre Unvoreingenommenheit und ihr offenes wie explorierendes Vorgehen einerseits überzeugend vorzutragen und über den gesamten Forschungsprozess immer wieder unter Beweis zu stellen. Aufgrund der zahlreichen im Feld aufzufindenden Momente einer möglichen Vorstrukturierung oder Selbstselektion (Auswahl bestimmter Personen, Bereiche und Zeiträume, die vornehmlich für Forschung ausgewählt bzw. angeboten werden, während andere nicht ›von selbst‹ hervortreten) stellt andererseits die Einlösung der für qualitative Forschung zentralen Offenheit und explorativen Forschungslogik in diesem Fall eine im Gegensatz zu anderen Feldern besondere Herausforderung dar.

Reflexivität: Ein Schlüssel, diesen Anforderungen dennoch gerecht zu werden, liegt in einem reflexiven sowie multimethodischen und rekonstruktiven Forschungsdesign. Der Reflexivitäts-Imperativ bezieht sich einerseits auf die Subjektivität der Forschenden zur Vermeidung von Vorstrukturierungen oder vermeidbaren Limitationen. Andererseits ist damit eine im Feld fortwährend

zu leistende Reflexion über Hintergründe von Handlungen, Deutungen, Situationen, Interaktionen und Dynamiken angesprochen, nicht zuletzt mit Bezug auf Nähe- Distanz- Verhältnisse. Erforderlich ist also ein reflexiver und rekonstruktiver Ansatz, der es erlaubt, »hinter« den jeweils gemeinten Sinn zu blicken, um Strukturen dessen identifizieren und verstehen zu können, »was vor sich geht«. Um auf diese Frage eine Antwort erarbeiten zu können, sind alle möglichen und nötigen Daten heranzuziehen (vgl. Glaser 2007, S. 115). Das heißt, dass Protokolle »natürlicher Interaktionen«, d.h. nicht- standardisiertes Gesprächsmaterial als komplementäre empirische Daten zu den seitens der Polizei selbst produzierten »natürlichen«, also nicht zu Forschungszwecken erstellten Daten (bspw. in Medien, Leitbild etc.) und den durch Forschende erstellten (Beobachtungsprotokolle) sowie in Forschungssettings erhobenen Daten (Interviewprotokolle) hinzugezogen werden müssen.

Vertrauen: Qualitative Sozialforschung als Feldforschung basiert auf Vertrauen. Eine zentrale Herausforderung qualitativer Forschung bei der Polizei ist es vor diesem Hintergrund, im Rahmen kurzer Projektlaufzeiten, mit wenig Personal und entsprechend knappen Ressourcen dennoch die nötige Zeit aufzubringen, um das für ein Gelingen der Forschung nötige Vertrauen zu erarbeiten. Auch vor diesem Hintergrund lässt sich ein Plädoyer für multimedische qualitative Forschung als Feldforschung formulieren; mit besonderem Fokus auf das nötige Vertrauen für gelingende Forschungsbeziehungen und damit auch gelingende, d.h. die Phänomene tatsächlich anpackende Forschung, die nicht an der Oberfläche verbleibt.

4 Resümee

Das soziologische Teilprojekt der INSIDER-Studie in Bezug auf das Bundesland Rheinland- Pfalz, das nicht nur die Polizei, sondern gesellschaftliche und polizeiliche Erwartungen im Rahmen wechselseitiger Erfahrungen sowie die dieses Verhältnis kennzeichnenden, leitenden (Be-)Wertungen und Handlungen erforscht, bilanzierte auf den vorangegangenen Seiten einige seiner bisherigen Erfahrungen aus den Feldforschungen bei der Polizei Rheinland- Pfalz. Die Themen, die dabei immer wieder aufscheinen – u.a. Offenheit, Reflexion und Vertrauen –, sind für qualitative Forschung generell relevant. Die Polizei stellt hier keinen Sonderfall dar. Jedoch nehmen diese Themen im Feld der Polizei aufgrund institutioneller Strukturen und gesellschaftspolitischer Rahmen-

bedingungen eine spezifische Gestalt an und stellen Forschende vor entsprechende spezifische Herausforderungen.

Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen qualitativer Polizeiforschung im Rahmen von Polizeistudien lassen sich aktuell unter den Schlagworten Radikalisierungsdebatten, Pandemiekonstellationen und Polarisierungsszenarios zusammenfassen. Diese bilden zunächst den Kontext des Zustandekommens von Polizeistudien wie INSIDER und sie rahmen sodann wider Willen jedwede Interaktionen zwischen Forschenden und beforstchten Polizist:innen innerhalb des Feldes. Entsprechend ist es notwendig, sich den weiteren Kontext von Forschungsarbeiten mit, bei und über Polizei in allen Phasen des Forschungsprozesses reflexiv zu vergegenwärtigen und Forschungsstrategien entsprechend der aufscheinenden Ambivalenzen und Herausforderungen auszurichten.

Resümierend ergeben sich zunächst Ambivalenzen in Bezug auf die Wahrnehmung von Polizeiforschung innerhalb der Polizei. Forschende treffen dabei innerhalb der Polizei durchaus auf explizit forschungskritische Haltungen. Daneben, aber auch damit verbunden, finden sich führungs- und politikkritische Stimmen, die von einer Irrelevanz von Forschungsergebnissen bzw. deren politischer Steuerung und ggf. Instrumentalisierung ausgehen. Entsprechend müssen Forschende ihre Offenheit und Unvoreingenommenheit immer wieder in Gesprächen erklären und mit ihrer konkreten Forschungsarbeit unter Beweis stellen. Es wurde zudem deutlich, dass die Polizei – als hierarchisch strukturierte Organisation, in der jedoch gleichzeitig Handlungsspielräume in der konkreten Ausgestaltung von Abläufen und des Arbeitsalltags bestehen – Forschende vor spezifische Herausforderungen bei der Gewinnung von Forschungsteilnehmer:innen stellt und insbesondere eine intensive Reflexion über die Forschungsbeziehungen und -kontakte sowie ihr Zustandekommen notwendig macht.

Daneben gilt es – angesichts der oftmals unterstellten vermeintlichen Homogenität »einer Polizei« – den Facettenreichtum, die Differenziertheit und Komplexität der Organisation und ihrer Teile, aber auch den einzelnen Menschen mit ihren vielfältigen Erfahrungen, gerecht zu werden, also intersektionale Ansätze forschungsorientierend mitzuführen. Forschende müssen sensibel sein für die Art und Weise, wie Polizist:innen ihren Arbeitsalltag zeigen, denn dies hängt auch von ihren Einstellungen gegenüber selbigem ab. In ähnlicher Hinsicht sollten Forschende sich weitere, das Forschungsfeld ggf. mitstrukturierende Spezifika des polizeilichen Selbstbildes bewusstmachen. Dynamiken von Nähe und Distanz spielen im Forschungsfeld eine besondere Rol-

le, auch vor dem Hintergrund der hierarchischen Organisation mit ihren Entscheidungswegen. Angesichts der gesellschaftlichen und politischen Debatten um die Polizei ist es für Polizist:innen eine ambivalente Situation, im polizeilichen Arbeitsalltags, Forschende als teilnehmend Beobachtende im Rahmen ihrer beruflichen Praxis dabeizuhaben. Damit gehen feldspezifische Herausforderungen der Kommunikation und Realisierung von Forschungstätigkeit einher.

Im Hinblick darauf ist abschließend nochmals darauf hinzuweisen, dass die für diesen Beitrag herangezogenen Daten nur einen kleinen Teil des gesamten Datenkorpus umfassen. Entsprechend bilden sie auch nur einen bestimmten Aspekt der in der Polizei Rheinland-Pfalz zu beobachtenden Reflektionskultur ab.

Die gesellschaftlichen und politischen Debatten um Polizei und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Extremismen, Radikalisierung und Diskriminierung – häufig unter dem Sammelbegriff ›Rechtsextremismus‹ verhandelt – sind so wirkmächtig, dass sich von Bahnungseffekten bis hin zu einer Vorstrukturierung des Feldes sprechen lässt, mit der Forschende praktisch umgehen müssen. Darüber hinaus ergeben sich für das Feld spezifische forschungsethische Herausforderungen. Insbesondere die basalen Erfordernisse von Freiwilligkeit, informierter Einwilligung und Nichtschädigung treten für Forschende unter Polizist:innen in spezifischer Weise hervor. Die genannten Herausforderungen betreffen jeweils den gesamten Forschungsprozess oder sie werden (immer wieder) an verschiedenen Stellen des Forschungsprozesses relevant. Daraus folgt, dass alle Herausforderungen über größere und kleinere Zeiträume hinweg im gesamten Prozess zu bearbeiten sind. Mit all diesen möglichen und von Ambivalenzen gezeichneten Konstellationen, Dynamiken und Gegebenheiten müssen Forschende umgehen, wenn sie mit, bei und über Polizei forschen wollen.

Von den Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz ausgehend, lässt sich abschließend festhalten, dass zukünftige qualitativ angelegte Polizeistudien angesichts der feldspezifischen Herausforderungen und Erfordernisse möglichst als Langzeitstudien anzulegen sind. Erst im Rahmen einer solchen verstetigten Anlage wäre es zukünftig möglich, sich typischerweise über längere Zeiträume hinweg vollziehende Prozesse der Wissensformierung und der Ausprägung von Handlungsmustern und Bewertungsschemata innerhalb der Polizei und damit verbundene, weitergefasste, die Organisation und Interaktionen mit der Bevölkerung strukturierende Effekte ebenso adäquat wie

systematisch und hinsichtlich ihrer Veränderungsdynamik sensibel in den Blick zu nehmen.

Literatur

- Behr, Rafael (2008). *Cop culture – der Alltag des Gewaltmonopols: Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Bergmann, Jens & Jacobsen, Astrid (2021). Diskriminierung und Rassismus der Polizei als Forschungsfeld. Eine problemorientierte Bestandaufnahme. In: *SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis*, 4, 45–57.
- Derin, Benjamin & Singelstein, Tobias (2022). *Die Polizei: Helfer, Gegner, Staatsgewalt: Inspektion einer mächtigen Organisation*. Berlin: Econ.
- DGS & BDS (2017). *Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen (BDS)*. <https://soziologie.de/dgs/ethik/ethik-kodex>
- DHPol – Deutsche Hochschule der Polizei (2023). Projekt MEGAVO. Zwischenbericht 2023. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/D/E/veroeffentlichungen/2023/megavo-zwischenbericht.pdf;jsessionid=95CFEAB17B53CAFFC8B26AB745A3F982.1_cid295?__blob=publicationFile&v=3
- Fassin, Didier (2017). Boredom: Accounting for the Ordinary in the Work of Policing (France). In: Didier Fassin (Hg.), *Writing the world of policing: The difference ethnography makes* (S. 271–292). Chicago: The University of Chicago Press.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2022). *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2021*. GESIS, Köln. ZA5280 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14002>
- Glaser, Barney Galland (2007). *Naturalist Inquiry and Grounded Theory*. In Günter Mey & Katja Mruck (Hg.), *Grounded Theory Reader* (S. 114–132). Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung.
- Goffman, Erving (1983). *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. München: Piper & Co. (Orig. Engl. 1959 u. d. T.: »The Presentation of Self in Everyday Life«).
- Hermanns, Harry (2008). Interviewen als Tätigkeit. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff & Ines Steinke (Hg.), *Qualitative Forschung: Ein Handbuch* (S. 360–368). Reinbek: Rowohlt.

- Howe, Christiane; Decker, Christine; Knobloch, Lan; Can, Halil & Bosch, Alexander (2022). Bericht zur Berliner Polizeistudie. Eine diskriminierungskritische, qualitative Untersuchung ausgewählter Dienstbereiche der Polizei Berlin. Berlin: ZTG (Zentrum Technik und Gesellschaft) der Technischen Universität Berlin.
- Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz (2018). Sitzung des Innenausschusses am 1. Februar 2018. Top 8: Gesünderes Arbeiten in der Polizei (GAP) – Änderung der Arbeitszeitverordnung. <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/2768-V-17.pdf>
- Oevermann, Ulrich (2000) Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis. In: Klaus Krammer (Hg.), Die Fallrekonstruktion (S. 58–153). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Przyborski, Aglaja & Wohlrab-Sahr, Monika (2021). Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch (5. überarb. u. erw. Aufl.). Berlin/Boston: de Gruyter/Oldenbourg
- Schäfer, Miriam (2020). Polizeiliches Handeln im Spannungsfeld von Institution und Biographie. Beitrag zur Veranstaltung »Professionelles Handeln im öffentlichen Auftrag« der Sektion Professionssoziologie. In: Birgit Blättel-Mink (Hg.), Gesellschaft unter Spannungen. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020. https://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1319
- Wendt, Rainer (2022). Freiheit im Rechtsstaat – Das gilt auch für Gewerkschaftler. In: Polizeispiegel, 4, 3. <https://dpolg-sachsen.de/wp-content/uploads/2022/04/Polizeispiegel-April-2022.pdf>
- Wilz, Sylvia Marlene (2012). Die Polizei als Organisation. In: Maja Apelt & Veronika Tacke (Hg.), Handbuch Organisationstypen (S. 113–131). Wiesbaden: Springer VS.
- Wüstenberg, Daniel (2019, 6. Juli). »Gerichte glauben eher Polizisten« – Experte spricht über Polizeigewalt in Deutschland. In: Stern. <https://www.stern.de/kultur/polizeigewalt---gerichte-glauben-eher-polizisten---sagt-experte-singelnstein-8779642.html>

